



DIE MAUER EUROPAS VERSCHIEBT SICH GEN OSTEN UND DIE DOPPELMORAL REIST MIT

Ferenc Köszeg

■ In der europäischen Presse liest man im Zusammenhang mit Flüchtlingen ziemlich viel über Lampedusa, Melilla oder Ceuta, die südlichen Bastionen der Festung Europa. Heutzutage lernt man neue Namen kennen: Pavshino, Tschop. Diese kleinen Ortschaften liegen an der Ostgrenze Europas und sind – bis dahin völlig unbekannt – in den letzten Jahren zu trauriger Berühmtheit gelangt. Dort sind die Zentren für die »zeitweilig in Haft genommenen Ausländer, die sich unerlaubt auf dem Territorium der Ukraine aufhalten«. Verkürzt nennt man sie manchmal Sammellager für Ausländer. Im Juni 2004 war ich das erste Mal im Lager in Pavshino, Ende August 2006 ein weiteres Mal.

HAFTLAGER MITTEN IM WALD

Zur Zeit des Besuchs am 29. August 2006 sind ungefähr 400 Häftlinge im Lager, das mitten im Wald, abseits des Dorfes liegt und von Grenzsoldaten bewacht wird.

Es hat den ganzen Tag geregnet, der Boden ist aufgeweicht. In der Mitte des Lagers stehen große Militärzelte, daraus blicken die Leute auf die Besucher. In der Ecke, unter einem Dach, kocht man Mak-

karoni. »Seit zwei Monaten und 15 Tagen bin ich hier«, sagt einer der Häftlinge auf Englisch. »Ich bin aus Pakistan, die Polizei in der Slowakei hat mich festgenommen, 50 Kilometer nach der Grenze.« Am nächsten Tag wurde er der ukrainischen Grenzwache in Tschop übergeben. Dort wurde er zusammengeschlagen, danach mussten sie ihn ins Krankenhaus bringen. Anschließend brachten sie ihn nach Pavshino. Ein anderer ist aus Bangladesch, spricht gut Russisch, hat sieben Jahre in Moskau gelebt. In der Slowakei hat er Asyl beantragt, er wurde angehört, aber nach 24 Stunden den ukrainischen Grenzbehörden überstellt. Der dritte ist seit drei Monaten in Pavshino, er hat hier Asyl beantragt, eine Anhörung gab es jedoch noch nicht. Die Insassen bekommen Lebensmittel von der Caritas – Caritas Wien ist in Transkarpatien tätig – und von der lokalen Hilfsorganisation NEEKA.

IMMER WIEDER SCHLÄGE

Die Offiziere, die uns begleiten, zeigen den neuen Fernsehraum, auch von der Caritas finanziert. Zurzeit ist der Saal leer. Plötzlich bemerken wir eine kleine Gittertür, dahinter stehen Dutzende von Menschen. »Warum sind sie eingeschlossen?« fragen wir unsere Begleiter. »Wir sperren sie immer ein, wenn wir Besucher

bekommen«, lautet die Antwort. »Sonst würden sie sich um Sie drängeln.«

In einem kleineren Zimmer sind 13 Personen, im größeren 22 untergebracht. Die zweistöckigen Betten stehen ganz dicht nebeneinander, freien Raum gibt es nicht. Wenn keine Besucher da sind, dürfen sie nicht im Haus bleiben, berichten die Insassen. Nur Kranken ist es erlaubt, im Haus zu bleiben. »Wir haben auch ein Krankenzimmer« erklären die Offiziere. »In schwereren Fällen werden die Leute ins Krankenhaus nach Mukatschewe eingeliefert, wo sie bewacht werden müssen.« »Seit zwei Monaten bin ich hier«, sagt ein Mann aus Pakistan. »Zuerst haben mich die Slowaken zusammengeschlagen und dann die Ukrainer in Tschop. Dann haben sie mein Geld und meine Halskette weggenommen.«

Die Häftlinge behaupten, dass sie keinen Haftbescheid bekommen haben. »Das ist nicht wahr«, sagen die Offiziere. In der Tat zeigen sie einen Bescheid, in dem steht, dass ein Ausländer, der sich gesetzeswidrig in der Ukraine aufhält, in Haft bleibt, bis die Ausweisung durchgeführt werden kann.

Im anderen Gebäude sitzt ein junger Anwalt von NEEKA mit einem Mann aus Somalia. Der Anwalt hat gerade den Asylan-

trag für ihn geschrieben. »Wir übersenden die Personaldaten der Vertretung von Somalia«, sagt ein Offizier. »Wenn sie bestätigen, dass der Kerl tatsächlich von dort ist, dann können wir die Abschiebung durchführen«. Dass im Falle von Asylsuchenden die Behörden nicht mit dem Herkunftsland des Antragstellers in Verbindung treten dürfen, ist dem Offizier völlig unverständlich.

Die Offiziere werden nervös, wir müssen den Besuch beenden. »Sie schlagen mich ständig«, ruft uns ein Mann auf Deutsch nach. »Er lügt«, sagt ein Offizier auf Russisch, der bisher kein Deutsch verstanden hat.

HAFT STATT SCHUTZ

Nach dem ukrainischen Gesetz können »illegale« Ausländer höchstens sechs Monate in Haft gehalten werden. Nach Angaben von Human Rights Watch blieben Personen in einigen Fällen jedoch über sechs, sogar bis zehn Monate in Haft.

Human Rights Watch berichtet, dass 2004 mehr als 8.000 »illegale« Ausländer von Grenzsoldaten inhaftiert wurden. Im selben Jahr haben nur 1.364 Personen Asyl beantragt.

In den ersten sechs Monaten 2006 wurden in Transkarpatien 2.654 illegale Migranten inhaftiert, die teils von der ukrainischen Grenzwaache aufgegriffen, teils von den Nachbarländern abgeschoben worden waren. Einen Asylantrag beim Migrationsdienst in Uzhhorod reichten nur 382 Personen (14,4 Prozent) ein. Eine Erklärung dafür kann Herr Nikola Towt, der Leiter des Dienstes, nicht geben. Es ist auch nicht seine Aufgabe, er beschäftigt sich mit denen, die einen Antrag gestellt haben. 80 Anträge von den 382 wurden sofort als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Unter den Festgenommenen waren 112 Staatsbürger der Russischen Föderation, die meisten höchstwahrscheinlich Tschetschenen. Von ihnen stellten nur sieben Personen einen Antrag. Obwohl 90 Prozent aller Anträge in Transkarpatien eingereicht

werden, arbeitet der Migrationsdienst in Uzhhorod mit nur acht Mitarbeitern. Fünf von ihnen fahren dreimal die Woche nach Pavshino, um Antragsteller anzuhören. Doch kann es Monate dauern, bis ein Antragsteller an die Reihe kommt.

DER WILLE UND DIE WIRKLICHKEIT

Die Mauer Europas verschiebt sich gen Osten und die Doppelmoral reist mit. 1997-98 verließen Tausende von Migranten die damals offenen Gemeinschaftsunterkünfte in Ungarn und gingen illegal nach Österreich. Unter dem Druck der österreichischen Regierung verwandelte die ungarische Regierung, absolut gesetzwidrig, die offenen Unterkünfte in Haftanstalten, wo Männer, Frauen, Kinder zusammengepfercht leben mussten.

Mit Recht kritisierte man vor zwei Jahren die ungarischen Behörden, die Asylsuchende ohne Verfahren in die Ukraine abgeschoben. Aber als unmittelbar vor dem Kosovokrieg monatlich Hunderte Albaner aus Serbien über Ungarn nach Österreich flohen, wurden sie von der österreichischen Gendarmerie genau so festgenommen und innerhalb von 24 Stunden nach Ungarn abgeschoben. Dieses Verfahren widersprach eindeutig dem österreichischen Asylgesetz. Man wusste genau, dass die Abgeschobenen in Ungarn in Haft genommen werden. Der Wille, der Entwurf und der Druck kamen diesmal aus dem Westen, die brutale Verwirklichung blieb dem Osten überlassen.

Die Ukraine ist in der Zwickmühle. Einerseits erwartet Europa, dass sie Flüchtlinge und Migranten aus Asien, aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und insbesondere die Tschetschenen aus Russland zurückhält, damit sie nicht in die Festung Europa gelangen. Andererseits erwartet Europa auch, dass die Ukraine als eine junge Demokratie, die einmal Mitglied der Europäischen Union sein möchte, die menschenrechtlichen Normen Europas achtet und die Asylsuchenden menschlich behandelt. ■

MENSCHENRECHTSPREIS DER STIFTUNG PRO ASYL 2006

Der anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung von PRO ASYL erstmals verliehene Preis der Stiftung PRO ASYL – die PRO-ASYL-Hand – ging an Ferenc Köszeg und Stefan Schmidt. Ihr persönliches Eintreten für Flüchtlinge ist beispielhaft. Die feierliche Preisverleihung der »PRO-ASYL-Hand 2006« fand am 09. September 2006 im Rahmen der Tagung »Kein Ort, nirgends!« in der Evangelischen Akademie Tutzing statt.



Ferenc Köszeg (rechts) kämpft seit Jahrzehnten für die Bürger- und Menschenrechte. Er ist Gründer des European Roma Rights Centers, des ungarischen Helsinki-Komitees und anderer Institutionen. Ferenc Köszeg hat zusammen mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern zahlreiche Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und die katastrophalen Verhältnisse in den Flüchtlings- und Haftlagern der Ukraine an die Öffentlichkeit gebracht. Die Stiftung PRO ASYL ehrte ihn für seinen unentwegten und unerschrockenen Einsatz.

Die Cap Anamur rettete im Sommer 2004 37 Flüchtlinge, die hilflos mit ihrem Schlauchboot im Mittelmeer trieben, aus Seenot. Kapitän Stefan Schmidt tat damit das, was er als seine Pflicht ansah. Zurzeit steht er zusammen mit den anderen Beschuldigten in Italien vor Gericht. Man wirft ihnen vor, sich in einem besonders schweren Fall der »illegalen Einschleusung« schuldig gemacht zu haben. Die Stiftung PRO ASYL ehrte ihn für seine Zivilcourage und seine Menschlichkeit. ■